

An die Redaktionen

Aachen, 4. Juni 2013

DIE LINKE: Wohnen in Stadt und Städteregion Aachen muss bezahlbar sein!

Wohnen in Aachen wird immer teurer. Der dramatische Abwärtstrend bei der Anzahl von sogenannten „Sozialwohnungen“ und der Mangel an Studentenwohnraum machen Wohnen für Gering- und Normalverdiener zunehmend unbezahlbar. Als Ergebnis jahrelanger Versäumnisse von Rot-Grün bzw. Schwarz-Grün fällt zusätzlich noch weiterer preiswerter Wohnraum Luxussanierungen oder Zweckentfremdung zum Opfer.

„Allein für die Kaiserplatzgalerie und deren zusätzliche Erweiterung wurden (je nach Sichtweise) zwischen 4500 – 6500 m² preiswerter Wohnraum vernichtet. Unserer Forderung, den Investor zu verpflichten, dafür preiswerten Ersatz zu schaffen, wollte sich keine der anderen Fraktionen im Rat anschließen“, sagt Andreas Müller, Fraktionsvorsitzender und planungspolitischer Sprecher der Stadtratsfraktion.

Der Wohnungsmarktbericht 2012 der Stadt Aachen listet zwar auf, dass von verbliebenen 9.734 „Sozialwohnungen“ in den kommenden Jahren weitere 3000 Wohnungen aus der Sozialbindung fallen werden. Der größte Angebotszuwachs in den letzten beiden Jahren war jedoch bei Wohnungen mit Mietpreisen über 9 €/m² zu verzeichnen; diese Mietpreise können sich Menschen mit wenig Geld nicht leisten. Auch der „Ersatzwohnraum“ für die Kaiserplatzgalerie wird wohl im höheren Preissegment angesiedelt sein.

„Für die Städteregion existiert noch nicht einmal ein Bericht mit einem Überblick über vorhandenen Wohnraum“, kritisiert Harald Siepmann, Fraktionsvorsitzender im Städteregionstag. „Unverzüglich muss das Versäumte nachgeholt und in den kommenden Jahren kräftig in öffentlich geförderte Wohnungen investiert werden. DIE LINKE fordert den kommunalen Wohnungsbau massiv auszubauen“.

„Dazu müssen u.a. die Mittel für die städtische Wohnungsgesellschaft gewoge deutlich aufgestockt werden. Ihre Bilanzgewinne dürfen nicht in den allgemeinen Haushalt fließen, sondern müssen in Sanierung und Neubau reinvestiert werden“, fordert Ellen Begolli, wohnungspolitische Sprecherin der Ratsfraktion. „Auch das Land muss in die Pflicht genommen werden; die Landesfördermittel sind dem tatsächlichen Bedarf anzupassen. Die Sicherstellung von bezahlbarem Wohnraum – und zwar für alle Menschen – ist als Daseinsvorsorge eine öffentliche Aufgabe, ebenso wie z. B. Bildung, Gesundheit, Energie- und Wasserversorgung“.

Mit freundlichen Grüßen

Harald Siepmann
DIE LINKE im Städteregionstag

Andreas Müller Ellen Begolli
DIE LINKE im Rat der Stadt Aachen